

„Kinder sollen Kinder treffen“

Die Frankfurter SPD fordert, dass Kindern in Hessen erlaubt werden soll, einen festen Spielpartner regelmäßig zu treffen. Eine entsprechende Regelung müsse die schwarz-grüne Landesregierung treffen, schließlich dürften auch Erwachsene mit einer Kontaktperson außerhalb des eigenen Haushalts zusammen sein. „Kinder brauchen auch andere Kinder“, sagt Sylvia Kunze, die stellvertretende Parteivorsitzende. Wenn sich immer ausschließlich dieselben zwei Kinder trafen, minimiere man das Risiko. Außerdem würde es Nachbarfamilien erleichtern, sich gegenseitig bei der Betreuung zu unterstützen. Die Landespolitik müsse „legalisieren, was viele Eltern ohnehin tun“.

Die bisherigen Pläne der Landesregierung für die Öffnung der Schulen stünden „im luftleeren Raum“, äußert Kunze. „Alle sollen vor den Sommerferien noch mal in die Schule, aber man weiß nicht wann, wie und wo.“ Dafür verlangt die SPD jetzt einen konkreten Plan; Bund und Länder entscheiden am Mittwoch über die weitere Öffnung von Schulen und Kitas. Kunze ist für ein Modell, in dem die eine Klassenhälfte montags und dienstags, die andere Hälfte mittwochs und donnerstags käme. Der Freitag könnte dann genutzt werden, um „gezielt Kinder einzuladen, die besondere Förderung brauchen“. Nötig sei zudem mehr digitales Unterrichtsmaterial.

Solchen Kindern will auch die Bundestagsabgeordnete Bettina Wiesmann (CDU) besonders helfen. Gemeinsam mit Ortsbeirätin Christina Ringer schlägt sie „kreative Regelungen“ vor. So könnten manche Kinder in erweitertem Umfang, zum Beispiel in der Notbetreuung, die Kita oder Schule besuchen. In Kitas könnte es Vor- und Nachmittagsschichten geben mit einem Mittagessen vor oder nach dem Besuch. **ff.**

Anklage nach Messerangriff

Im Fall der jungen Frau, die im Oktober vergangenen Jahres an einem Supermarkt in Bornheim mit mehreren Messerstichen getötet wurde, hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt nun Anklage gegen ihren früheren Lebensgefährten erhoben. Dem 44 Jahre alten gebürtigen Iraner kurdischer Abstammung, der in Schweden aufgewachsen ist und seit 2011 in Deutschland lebt, wird Totschlag vorgeworfen. Mordmerkmale wie etwa Heimtücke wurden laut Staatsanwaltschaft nicht festgestellt.

Der Angeklagte soll am Abend des 10. Oktober 2019 seine 24 Jahre alte frühere Freundin auf offener Straße mit einem Messer getötet haben. Die junge Frau hatte wenige Tage zuvor die Beziehung beendet. Die Partnerschaft war laut Staatsanwaltschaft gekennzeichnet „von häuslicher Gewalt und vorübergehenden Trennungen“. Wie die Ermittlungen ergaben, soll der Beschuldigte die endgültige Trennung nicht akzeptiert haben. Er habe die junge Frau bedroht. Am Abend der Tat habe er sie schließlich vor ihrer Wohnung abgepasst und sei mit ihr zusammen in den Einkaufsmarkt gegangen, „wo er ein Küchenmesser aussuchte, das die Geschädigte bezahlte“. Als das Opfer nach Verlassen des Geschäfts versuchte zu fliehen, soll der Vierundvierzigjährige sie am Arm gegriffen und mit dem Messer mehrfach auf Brust, Gesicht und Oberkörper der jungen Frau eingestochen haben. Auch als sie bereits schwer verletzt am Boden gelegen habe, habe der Angeklagte ihr weitere Messerstiche zugefügt. Die Frau starb wenige Tage später im Krankenhaus. **isk.**

Havariertes Kran geborgen

Ein technischer Defekt ist nach Angaben des Unternehmens Groß & Partner vermutlich die Ursache für den Absturz eines Kran-Auslegers im Gallusviertel in der vergangenen Woche. Wie der Projektentwickler mitteilt, sind die Bergungsarbeiten inzwischen abgeschlossen. Der Bericht eines Sachverständigen zur Unfallursache werde für diese Woche erwartet. Wie berichtet, war der Ausleger des Baukrans am Donnerstagabend in 45 Meter Höhe abgeknickt und auf das oberste Rohbaugeschoss des Hochhausprojekts „Spin“ am Güterplatz gefallen. Verletzt wurde dabei niemand.

Anders als zunächst von der Polizei gemeldet, ereignete sich das Unglück nicht bei laufendem Betrieb. Der Kran sei bereits für das lange Wochenende in eine Ruheposition gebracht worden, erläuterte ein Sprecher des Unternehmens. Der Schaden am Gebäude sei gering. Auch die angrenzenden Grundstücke und öffentlichen Flächen seien nicht beschädigt worden. **rsch.**



Matthias Zimmer



Martin Heipertz

Foto Marcus Kaufhold

Kampf um CDU-Nominierung

Ein Mitglied der Wertunion will den Bundestagsabgeordneten Zimmer herausfordern. **Von Tobias Rösmann**

In der CDU zeichnet sich eine Kampfkandidatur um die Nominierung zur Bundestagswahl ab. Der langjährige Abgeordnete Matthias Zimmer, der abermals antreten will, sieht sich mindestens einem Konkurrenten gegenüber. Denn gegen den 59 Jahre alten Sozialpolitiker vom linken Parteiflügel wird der 43 Jahre alte Finanzfachmann Martin Heipertz vom rechten Flügel antreten. Eine entsprechende Information dieser Zeitung bestätigte Heipertz auf Anfrage. Im Kreisverband ist die Rede von zwei weiteren Bewerbern. Ein Führungsmitglied sagt: „Ich rechne mit vier Kandidaten.“

Zimmer vertritt den westlichen der beiden Frankfurter Bundestagswahlkreise seit 2009. Den östlichen repräsentiert seit 2017 Bettina Wiesmann (CDU); dort ist nichts von interner Konkurrenz zu hören. Die Wahl findet zwar erst im Herbst 2021 statt, doch hinter den Kulissen hat der Positionskampf begonnen.

Als Erster hat sich Heipertz öffentlich bekannt. In seinem Blog teilte er mit, er wolle sich „in Hessen erneut um ein Bundestagsmandat bewerben“. Der Wirtschaftswissenschaftler hatte schon zur Wahl 2017 antreten wollen, damals als Nachfolger von Parteifreund Heinz Riesenhuber im Main-Taunus-Kreis. Heipertz unterlag jedoch mit 44,4 Prozent gegen den Bad Sodener Bürgermeister Norbert Altenkamp, der später auch das Bundestagsmandat holte.

Heipertz ist Mitglied der umstrittenen Wertunion. Eine Weile lang saß er auch im Bundesvorstand des 2017 gegründeten Vereins, der sich selbst als „konservative Basisbewegung“ bezeichnet, von der CDU jedoch nicht als offizielle Gruppe oder Gliederung anerkannt wird. Seine Führungsposition hat Heipertz mittlerweile aufgegeben. Doch Kritiker, auch aus den eigenen Reihen, sehen den Verein auf einem klaren Rechtskurs und wenden sich gegen dessen Mitglieder, denen sie eine gedankliche Nähe zur AfD zuschreiben. Als einer der bekanntesten Unterstützer der Wertunion gilt Hans-Georg Maaßen, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes.

Heipertz weiß um die Kritik. Auf die Frage, warum er der Wertunion beigetreten sei, sagt er: „Weil ich darin einen Weg gesehen habe, den konservativen Werten in der CDU wieder mehr Gewicht zu verleihen.“ Er fordert nun gezielt Zimmer als Vertreter des linken CDU-Flügels heraus. Die Delegierten könnten dadurch

eine echte Wahl treffen. „Es wird eine Richtungsentscheidung, die an zwei so unterschiedlichen Personen einmal durchgezogen werden muss. Ich frage mich, ob meine Ansichten in der CDU noch eine Existenzberechtigung haben.“

Ein detailliertes Programm habe er noch nicht, sagt Heipertz, der in Frankfurt geboren wurde und in Kelkheim aufwuchs. Grundlage werde stets das christliche Menschenbild sein, vor allem die katholische Lehre. Seine politischen Schwerpunkte sehe er in der Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Er werde für mehr Sicherheit kämpfen. Schließlich sei das die Grund- und Kernaufgabe des Staates, meint Heipertz, der bis vor kurzem Referatsleiter im Bundesfinanzministerium war und früher mit Wolfgang Schäuble zusammengearbeitet hat. Schäuble sowie Helmut Kohl und Roland Koch bezeichnet der verheiratete Vater einer Tochter als wichtigen Grund dafür, mit 19 Jahren in die Partei eingetreten zu sein. Derzeit ist Heipertz nach eigenen

Worten als Reserveoffizier bei der Bundeswehr in Brandenburg tätig. Im Sommer wolle er zur KfW-Bankengruppe wechseln.

Zimmer reagiert gelassen auf die angekündigte Kampfkandidatur. „Der Versuch ist ja nicht strafbar.“ Er habe sich schon vor der Wahl 2017 gegen einen internen Konkurrenten durchgesetzt. Heipertz und er stünden „parteintern für die komplett andere Richtung“. In der CDU gehe es mittlerweile weniger um die Frage, ob jemand Mitglied der arbeitgebernahen Mittelstandsvereinigung oder der arbeiternahen Sozialausschüsse sei. Der entscheidende Unterschied sei vielmehr, ob jemand, wie die Mitglieder der Wertunion, „eine Brücke zur AfD schlagen“ wolle oder eben nicht. „Und wir wollen das nicht.“ Die Wertunion sei „ein Verein, wie Scientology. Sie nimmt für sich in Anspruch, für Teile der Partei zu sprechen. Das kann sie aber nicht.“

Außer Zimmer und Heipertz könnte es zwei weitere Bewerber geben. Zu hören ist, dass die Westend-CDU ebenfalls einen Kandidaten aufbieten will. „Wir sind innerhalb des Vorstands in eine Überlegungsphase“, sagt der Stadtverordnete Albrecht Kochsiek. Er wolle „nicht vorgehen“. Genannt wird außerdem der Name Christoph Fay. Der Jurist hatte sich kürzlich vergebens um den Posten als Schatzmeister des Kreisverbands beworben. Er sagt auf Anfrage: „Es ist viel zu früh, darüber zu sprechen. Das Thema ist momentan nicht aktuell.“

Ein großes Flickwerk

Pflegeheime stehen den Öffnungen kritisch gegenüber. Es fehlt ein Plan, um die Bewohner wirklich zu schützen.



In Isolation: Eine Bewohnerin des Pflegewohnstifts am Wasserturm in Rödelheim schreibt einen Brief.

Foto Maximilian von Lachner

tisch“, sagt Lauscher. In der kurzen Zeit sehen sich die Träger überfordert: Zwar hätten sie Schutzkonzepte, doch die bezogen sich auf die aktuellen Voraussetzungen, in denen vermeidbare Kontakte tatsächlich vermieden werden. „Hieraus den Schluss zu ziehen, die Einrichtungen verfügten über ein ähnlich wirksames Schutzkonzept, wenn die Voraussetzungen deutlich verändert werden, ist trügerisch. Wir befürchten konkret, dass Sie vor dem Treffen dieser Aussage nicht hinreichend informiert wurden“, schreiben die Träger in ihrem offenen Brief an Bouffier.

Wenn seit Beginn dieser Woche wieder Menschen von draußen in die Einrichtun-

gen kommen, bedeutet das für die Heime viel Arbeit. Besuchsräume müssen eingerichtet, die Bewohner begleitet, die Terminvergabe muss koordiniert werden. Die Verantwortlichen befürchten auch, dass Masken und Desinfektionsmittel knapp werden, wenn die Heime nun auch die Besucher versorgen müssen.

Problematisch findet die Liga der freien Wohlfahrtsverbände, dass die Regeln nicht einheitlich sind: „Wenn jetzt der Odenwaldkreis eine Allgemeinverfügung ankündigt, die im Kern die Verordnung des Landes aus Gründen des Gesundheitsschutzes für nichtig, da unverantwortlich erklärt, bringt dies Einrichtungen in unzu-

mutbare Situationen. Wie sollen sich unsere Einrichtungen gegenüber Angehörigen bei diesem widersprüchlichen Behördenvorgehen verhalten?“ Die Besuchsregelungen sind ein großes Flickwerk: Jedes Haus muss sich selbst überlegen, wo ein Besuch möglich ist – im Garten, im Hof oder auf der Terrasse etwa. Der Sprecher der Awo berichtet etwa von Johanna-Kirchner-Zentrum im Gutleutviertel: Dort gebe es eine Terrasse vor dem Speisesaal mit niedrigen Fenstern, die sich für einen Besuch eignen. Das Heim bringe dort nun noch weitere Sicherheitsvorkehrungen an, dann könnten Angehörige die Bewohner von der Terrasse aus besuchen, während diese im Speisezimmer sind. Niemand von draußen betrete dabei wirklich die Einrichtung und ein Abstand bleibe gewahrt. „Nur so können wir im Falle einer Infektion die Nachverfolgung gewährleisten“, sagt der Sprecher. Doch was machen Einrichtungen, die keine solche Terrasse haben und bei denen Angehörige auftauchen, um ihr Besuchsrecht einzufordern? Die Heimleitungen arbeiteten an den Schutzkonzepten, sagt Lauscher. Jede für sich, denn jedes Haus ist durch seine Bauweise und Bewohnerstruktur anders. Doch die Konzepte müssten erst noch vom Gesundheitsamt genehmigt werden. „So zu tun, also könnte man von Montag an Angehörige in Heimen besuchen, ist unseriös“, sagt der Vorstand. Verwandte und Freunde von Bewohnern meldeten sich schon seit Tagen bei den Heimleitungen, manche seien zornig, dass sie nun doch noch nicht in die Einrichtung dürften. Die abschließende Verordnung liegt aber erst seit diesem Montag auf Lauschers Tisch.

Obwohl es dauerte, bis sie fertig war, blieben viele Fragen offen. Darin steht etwa, dass Verdachtsfälle in den Heimen zu isolieren sind. „Sollen wir die Leute etwa einsperren?“, fragt Lauscher. Nach wie vor sei unklar, wie die Einrichtungen im Detail vorgehen sollen, es fehle Personal für die neuen Aufgaben, und weiter seien die Grundrechte der Bewohner stark beeinträchtigt. Wie sie dazu stehen, weiß kaum jemand. Denn noch sind Besuche faktisch unmöglich, wenn eine Infektion vermieden werden soll. **THERESA WEISS**

Zoo öffnet am Mittwoch wieder

Der Zoo öffnet am Mittwoch nach der mehrwöchigen Zwangspause wegen der Corona-Pandemie wieder seine Pforten – allerdings unter Auflagen. Wie der Tiergarten auf seiner Internetseite mitteilt, können Besucher von Dienstag an Karten ausschließlich online erwerben. Für die Tickets gilt ein reduzierter Preis von fünf Euro.

Die Eintrittskarten können nur während der zuvor gebuchten Zeiten eingelöst werden. Der Zoo bietet dafür drei Zeitfenster an: 9 bis 12 Uhr, 12.30 bis 15.30 Uhr und 16 bis 19 Uhr. Ein Ticketverkauf an der Zookasse findet vorerst nicht statt. Der Eintritt für Kinder unter sechs Jahren bleibt frei. Jedoch muss auch er über die Website des Zoos vorher online gebucht werden, da die Anzahl der Besucher auf 250 Personen je Zeitfenster beschränkt sein wird. Auch Besitzer einer Dauerkarte müssen ein Ticket online bestellen.

„Wir wollen für unsere Gäste eine größtmögliche Sicherheit bieten und haben dann ausgerechnet, wie viele Menschen maximal sich auf dem Gelände befinden können, damit es nicht zu einer unerwünschten Rudelbildung kommt“, sagte eine Sprecherin.

Im Zoo selbst müssen Gäste die geltenden Abstands- und Hygieneregeln beachten. Im Umfeld der Kassen und in der Nähe der Toiletten müssen Personen von sechs Jahren an Mund und Nase bedecken. Die Besucher müssen die Masken selbst mitbringen. Im Zoo ist das Tragen dann lediglich empfohlen. Sicherheitspersonal soll darauf achten, dass die Regeln eingehalten werden.

Einschränkungen wird es auch im Angebot geben. Aus Sicherheitsgründen finden zunächst keine Schaufütterungen, Veranstaltungen und Führungen statt. Sämtliche Tierhäuser, der Streichelzoo, Spiel- und Picknickplätze bleiben vorerst geschlossen. Zudem seien bestimmte Areale gesperrt, so die Sprecherin. Das diene auch dem Schutz einiger gefährdeter Tiere. Der Zooshop, Imbisswagen und Eisstände würden hingegen geöffnet. Speisen und Getränke würden allerdings nur zum Mitnehmen verkauft. **adav.**

Verwirrter Mann zieht Waffe

Für Aufregung hat am Sonntagmorgen ein 50 Jahre alter, offenbar geistig verwirrter Mann gesorgt, als er am Hauptbahnhof mit einer Waffe drohte. Wie ein Sprecher der Bundespolizei am Montag mitteilte, war der Mann zunächst Beamten aufgefallen, weil er mit seiner Hand eine Pistole nachahmte und so tat, als ziele er auf etwas. Als sich die Bundespolizisten näherten, zog er eine echt aussehende Pistole aus dem Hosensack und versuchte sie auf die Beamten zu richten. Einer der Polizisten schlug ihm die Waffe aus der Hand und überwältigte den Mann. Wie sich herausstellte, handelte es sich um eine sogenannte Anscheinswaffe, sie wurde sichergestellt. Der fünfzigjährige Wohnsitzlose wurde vorübergehend festgenommen. Er muss sich nun wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz verantworten. **isk.**

RHEIN-MAIN

Zeitung für Frankfurt und die Region

VERANTWORTLICHER RESSORTLEITER: Dr. Matthias Alexander, Manfred Köhler (stv.)

Peter Badenhop, Ralf Euler, Dr. Florentine Fritzen, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Marie Lisa Kehler, Anna-Sophia Lang, Martin Ochmann, Tobias Rösmann, Rainer Schulte, Helmut Schwann, Dieter Schwöbel, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Theresa Weiß, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Guido Holze, Alexander Jürgs, Eva-Maria Magel, Christian Riethmüller.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Patricia Andrae, Falk Heunemann, Inga Janović, Petra Kirchhoff, Daniel Schleidt.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Luise Glaser-Lotz, Rainer Hein, Heike Lattka, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hettrödt.

ONLINE: Thorsten Winter.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker, Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:

Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
Redaktions-Telefax (069) 7591-1773,
E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Frankenallee 71-81,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069)
7501-3336, Telefax (069) 7501-4105,
E-Mail: anzeigen@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 25, gültig vom 1. Januar 2020 an.